



10	Geschäftsausgaben	65
11	Weitere allgemeine sächliche Ausgaben	66
12	Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts	67a)
13	Kalkulatorische Kosten	68

Abzuziehen sind die Einnahmen für die Kindertageseinrichtung:

14	Elternbeiträge	11
15	Übernahmen der Elternbeiträge durch das Jugendamt, die direkt an die Träger der Kita gezahlt werden	17
16	Einnahmen aus der Betriebskostenpauschale bei Wahrnehmung des Wunsch- und Wahlrechtes nach § 18 Abs. 6 ThürKitaG	17

(2) Um die von der abgebenden Gemeinde nach Vorlage der Jahresabschlussrechnung zu tragenden Kosten zu ermitteln, ist die Zahl der Kinder aus der jeweiligen Gemeinde, die im abgelaufenen Kindergartenjahr betreut wurden, mit den durchschnittlichen nicht gedeckten Betriebskosten pro Platz zu multiplizieren.

(3) Wurde ein Kind nicht während des gesamten Jahres betreut (maßgebend ist die Anmeldung), wird es nur anteilig mitgerechnet, z. B. bei einer Betreuungszeit von sechs Monaten mit  $6/12 = 0,5$ .

### § 6

#### Finanzierung ungedeckter Betriebskosten für vorgehaltene Plätze

(1) Von der aufnehmenden Gemeinde werden in der Kindereinrichtung für Kinder aus der abgebenden Gemeinde keine Plätze vorgehalten, die Aufnahme von Kindern aus abgebenden Gemeinden erfolgt nach § 2 Absatz 1 dieser Vereinbarung.

(2) Für unbelegte Plätze in der Kindereinrichtung wird eine zusätzliche finanzielle Beteiligung der abgebenden Gemeinde nicht vereinbart. Die Finanzierung der auf unbelegte Plätze entfallenden ungedeckten Betriebskosten ist bereits nach § 5 geregelt.

### § 7

#### Finanzierung von Investitionen

Die abgebende Gemeinde beteiligt sich an dem vom freien Träger gegenüber der aufnehmenden Gemeinde geltend gemachten ungedeckten Investitionsbedarf im Verhältnis der Einwohnerzahl der abgebenden Gemeinde zur Einwohnerzahl der aufnehmenden Gemeinde zuzüglich der Einwohnerzahlen anderer abgebenden Gemeinden, mit denen die aufnehmende Gemeinde ebenfalls eine solche Zweckvereinbarung geschlossen hat. Dazu werden die Angaben des Landesamts für Statistik zum 31.12. des Vorjahres herangezogen.

### § 8

#### Kündigung und Auseinandersetzung

(1) Die Zweckvereinbarung ist von jedem Vertragspartner mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende ordentlich kündbar.

(2) Kommt ein Vertragspartner den ihm obliegenden Verpflichtungen aus dieser Zweckvereinbarung trotz Mahnung nicht nach, hat der andere Vertragspartner das Recht, den Vertrag außerordentlich zu kündigen.

(3) Wird die Zweckvereinbarung aufgehoben, so haben die Beteiligten eine Auseinandersetzung anzustreben. § 13 ThürKGG gilt entsprechend.

### § 9

#### Streitigkeiten

Können Meinungsverschiedenheiten unter den Beteiligten nicht gütlich bereinigt werden, so ist die zuständige Aufsichtsbehörde zur Schlichtung anzurufen.

### § 10

#### Inkrafttreten

Die Zweckvereinbarung bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde und tritt am Tag nach der amtlichen Bekanntmachung der Zweckvereinbarung und ihrer Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde in Kraft.

Ranis, den 12.02.2014  
(aufnehmende Gemeinde)

gez.  
**Andreas Gliesing**  
Bürgermeister

Paska, den 11.02.2014  
(abgebende Gemeinde)

gez.  
**Tino Riemschneider**  
Bürgermeister

**Landratsamt Saale-Orla-Kreis**  
Fachdienst Kommunalaufsicht/Rechtsaufsichtsbehörde

## Amtliche Bekanntmachung

### Bekanntmachung des Genehmigungsbescheides des Landratsamtes Saale-Orla-Kreis zur Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Seisla und der Stadt Ranis

Das Landratsamt Saale-Orla-Kreis hat die Zweckvereinbarung über die Bereitstellung von Plätzen in der Kindertageseinrichtung in der Stadt Ranis jeweils mit Bescheid vom 26.03.2014 gem. § 11 Abs. 2 i. V. m. § 44 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) genehmigt.

Die Zweckvereinbarung und die Genehmigung werden hiermit gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 ThürKGG öffentlich bekannt gemacht.

Schleiz, den 27.03.2014

Im Auftrag  
gez.  
**Hellgoth**  
stellv. Leiter Rechtsaufsichtsbehörde

## Vollzug des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) i. V. m. der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO)

hier: Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Seisla und der Stadt Ranis

Das Landratsamt Saale-Orla-Kreis als untere staatliche Verwaltungsbehörde, Rechtsaufsichtsbehörde, erlässt folgenden

#### Beschcheid:

- Die am 11.02.2014 und am 12.02.2014 geschlossene Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Seisla und der Stadt Ranis über die Bereitstellung von Plätzen in der Kindertageseinrichtung in der Stadt Ranis wird hiermit genehmigt.
- Dieser Bescheid ergeht verwaltungskostenfrei.

#### Gründe:

##### I.

Die Gemeinde Seisla, vertreten durch die Bürgermeisterin, und die Stadt Ranis, vertreten durch den Bürgermeister, haben eine Zweckvereinbarung über die Bereitstellung von Plätzen in der Kindertageseinrichtung in der Stadt Ranis geschlossen.

Die Zweckvereinbarung wurde am 11.02.2014 durch die Bürgermeisterin der Gemeinde Seisla und am 12.02.2014 durch den Bürgermeister der Stadt Ranis unterzeichnet.

Bezüglich der Einzelheiten wird auf die Akte verwiesen.

##### II.

Das Landratsamt Saale-Orla-Kreis als untere staatliche Verwaltungsbehörde ist zur Entscheidung gem. § 11 Abs. 2 Satz 1 i. V. m. § 44 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 ThürKGG sowie § 3 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. b) des Thüringer Verwaltungs-





verfahrensgesetzes (ThürVwVfG) örtlich und sachlich zuständig.

Gem. § 7 Abs. 1 ThürKGG können Gemeinden durch öffentlich-rechtlichen Vertrag eine Zweckvereinbarung schließen. Damit sind die o. g. beteiligten Gebietskörperschaften zum Abschluss der vorliegenden Zweckvereinbarung ermächtigt. Mit dieser Zweckvereinbarung werden Aufgaben und Befugnisse übertragen, sodass eine Genehmigungspflicht nach § 11 ThürKGG besteht.

Die Genehmigung kann gem. § 11 Abs. 2 Satz 2 ThürKGG nur versagt werden, wenn Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, der Abschluss der Vereinbarung nicht zulässig ist oder die Vereinbarung den gesetzlichen Vorschriften nicht entspricht. Solche Gründe sind bei der vorliegenden Zweckvereinbarung nicht ersichtlich.

Im Rahmen der Erteilung der Genehmigung ergeht folgender Hinweis:  
Im Zusammenhang mit der Regelung des § 6 Abs. 1 erster Halbsatz der Vereinbarung weisen wir darauf hin, dass der Rechtsanspruch gemäß Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz, insofern er nicht durch einen Platz in der Kindereinrichtung erfüllt wird, auf andere Weise zu erfüllen ist.

*Hinweis zum weiteren Verfahrensablauf:*

Gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 ThürKGG hat die Rechtsaufsichtsbehörde diese Zweckvereinbarung in ihrem Amtsblatt („Amtsblatt des Saale-Orla-Kreises“) einschließlich dieser Genehmigung amtlich bekannt zu machen.

*Die beteiligten Gebietskörperschaften sollen nach § 12 Abs. 1 Satz 4 ThürKGG in der für die Bekanntmachung ihrer Satzungen vorgesehenen Form auf die Veröffentlichung hinweisen.*

Der Bescheid ergeht gleichen Inhalts auch an die Stadt Ranis.

### III.

Die Verwaltungskostenfreiheit ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Thüringer Verwaltungskostengesetzes (ThürVwKostG).

#### Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Gera, Rudolf-Diener-Straße 1, 07545 Gera, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichtes erhoben werden.

Im Auftrag  
gez.

**Hellgoth**  
stellv. Leiter Rechtsaufsichtsbehörde

## Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgabe „Bereitstellung der erforderlichen Plätze in Kindertageseinrichtungen“ auf die Stadt Ranis

Aufgrund des § 17 Abs. 1 S. 2 - 4 ThürKitaG vom 16. Dezember 2005 (GVBl. Nr. 17, S. 371, berichtigt in GVBl. 2006, S. 51) zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes zur Änderung des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 22) schließen

die **Stadt Ranis** (als aufnehmende Gemeinde)  
vertreten durch den Bürgermeister, Herrn Glesing

und die **Gemeinde Seisla** (als die abgebende Gemeinde)  
vertreten durch die Bürgermeisterin, Frau Erler

folgende Zweckvereinbarung nach den §§ 7 ff. des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290) in der jeweils gültigen Fassung ab:

### § 1

#### Aufgaben

- (1) Für die Betreuung von Kindern im Alter von einem Jahr bis zum Schuleintritt, die ihren Hauptwohnsitz in der abgebenden Gemeinde haben, stellt die aufnehmende Gemeinde die erforderlichen Plätze gemäß §

17 Abs. 1 S. 2 ThürKitaG in ihrer Kindertageseinrichtung zur Verfügung. Im Übrigen bestimmen sich die Aufgaben entsprechend der Vorschriften des ThürKitaG und der einschlägigen Rechtsverordnungen.

- (2) Die aufnehmende Gemeinde erlässt die zur Erfüllung der Aufgaben nach Abs. 1 notwendigen Satzungen auch für das Gebiet der an der Vereinbarung beteiligten Gemeinde. Im Geltungsbereich dieser Satzungen trifft die aufnehmende Gemeinde alle zu deren Durchführung erforderlichen Maßnahmen wie im eigenen Gebiet.

### § 2

#### Aufnahme

- (1) Die Kinder der beteiligten Gemeinden sind gleichrangig in der Reihenfolge ihrer Anmeldung in die Kindertageseinrichtung aufzunehmen. Die Aufnahme des Kindes erfolgt durch Bestätigung der als Anlage 1 beigefügten Vereinbarung zwischen den Gemeinden.
- (2) Kinder aus Gemeinden, die nicht an dieser Zweckvereinbarung beteiligt sind, können im Rahmen des Wunsch- und Wahlrechts nach § 4 ThürKitaG bzw. § 5 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) aufgenommen werden, soweit im Kindergarten noch Kapazitäten vorhanden sind und noch keine Warteliste besteht. Das Weitere zur Aufnahme auswärtiger Kinder regelt die Benutzungssatzung.

### § 3

#### Elternbeiträge, sonstige Einnahmen

- (1) Zur Deckung der Kosten des Betriebes der Kindertagesstätte erhebt die aufnehmende Gemeinde entsprechend den Regelungen des ThürKitaG und der hierauf beruhenden Verordnungen angemessene Elternbeiträge (§ 20 Abs. 1 ThürKitaG). Die Beiträge werden sozial gestaffelt. Das Nähere regelt die Gebührensatzung.
- (2) Wurde die Betreibung der Kindertageseinrichtung auf einen freien gemeinnützigen Träger übertragen, so richtet sich die Höhe der Elternbeiträge nach dem gesondert durch die aufnehmende Gemeinde mit dem freien Träger abgeschlossenen Vertrag zur Übertragung der Kindertageseinrichtung.

### § 4

#### Finanzierung der ungedeckten Betriebskosten

- (1) Die abgebende Gemeinde erstattet der aufnehmenden Gemeinde anteilig nach der Zahl der betreuten Kinder die nicht durch Spenden und Elternbeiträge gedeckten Betriebskosten. Die Erstattung erfolgt jeweils nach Abschluss der Jahresrechnung.
- (2) Wurde die Betreibung der Kindertageseinrichtung auf einen freien gemeinnützigen Träger übertragen, so richtet sich die Höhe des insgesamt durch die Kommunen zu tragenden Zuschusses nach dem gesondert durch die aufnehmende Gemeinde mit dem freien Träger abgeschlossenen Vertrag zur Übertragung der Kindertageseinrichtung.
- (3) Bis zur Abschlussrechnung werden monatlich Abschlagszahlungen in Höhe von 410 € pro Kind durch die abgebende Gemeinde ertrichtet. Die Abschlagszahlungen sind jeweils zum 15. eines Monats fällig. Ergibt sich nach Vorliegen der Jahresrechnung, dass die gezahlten Abschlagszahlungen den insgesamt durch eine Gemeinde zu zahlenden Jahreszuschuss über- oder unterschreiten, erfolgt der Ausgleich bis zum 30.06. des Folgejahres.

### § 5

#### Berechnung der ungedeckten Betriebskosten

- (1) Die Höhe der ungedeckten Betriebskosten berechnet sich folgendermaßen:

laufende Nummer	Ausgabearten/Einnahmearten	Gruppe im Gruppierungsplan
1	Personalausgaben pädagogisches Fachpersonal	40-47
2	Personalausgaben übriges Personal	40-47
3	Unterhalt der Grundstücke und baulichen Anlagen,	50
4	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sonstige Gebrauchsgegenstände	52
5	Mieten und Pachten	53
6	Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen	54





7	Besondere Aufwendungen für Bedienstete	56
8	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	57-63
9	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	64
10	Geschäftsausgaben	65
11	Weitere allgemeine sächliche Ausgaben	66
12	Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts	67a)
13	Kalkulatorische Kosten	68
14*	Verpflegungskosten	57-63

Abzuziehen sind die Einnahmen für die Kindertageseinrichtungen:

15	Elternbeiträge	11
16	Übernahmen der Elternbeiträge durch das Jugendamt, die direkt an die Träger der Kita gezahlt werden	
17*	Verpflegungsgebühren/Entgelte für Verpflegung	11
18	Spenden (sofern diese nicht für Investitionen zu verwenden sind)	17

- (2) Um die von der abgebenden Gemeinde nach Vorlage der Jahresabschlussrechnung zu tragenden Kosten zu ermitteln, ist die Zahl der Kinder aus der jeweiligen Gemeinde, die im abgelaufenen Kindergartenjahr betreut wurden, mit den durchschnittlichen nicht gedeckten Betriebskosten pro Platz zu multiplizieren.
- (3) Wurde ein Kind nicht während des gesamten Jahres betreut (maßgebend ist die Anmeldung), wird es nur anteilig mitgerechnet, z. B. bei einer Betreuungszeit von sechs Monaten mit  $6/12 = 0,5$ .

## § 6

### Kündigung und Auseinandersetzung

- (1) Die Zweckvereinbarung ist von jedem Vertragspartner mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende ordentlich kündbar.
- (2) Kommt ein Vertragspartner den ihm obliegenden Verpflichtungen aus dieser Zweckvereinbarung trotz Mahnung nicht nach, hat der andere Vertragspartner das Recht, den Vertrag außerordentlich zu kündigen.
- (3) Wird die Zweckvereinbarung aufgehoben, so haben die Beteiligten eine Auseinandersetzung anzustreben. § 13 ThürKGG gilt entsprechend.

## § 7

### Streitigkeiten

Können Meinungsverschiedenheiten unter den Beteiligten nicht gütlich bereinigt werden, so ist die zuständige Aufsichtsbehörde zur Schlichtung anzurufen.

## § 8

### Inkrafttreten

Die Zweckvereinbarung bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde und tritt am Tag nach der amtlichen Bekanntmachung der Zweckvereinbarung und ihrer Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde in Kraft.

Ranis, den 12.02.2014

(aufnehmende Gemeinde)

gez.  
**Andreas Gliesing**  
Bürgermeister

Seisla, den 11.02.2014  
(abgebende Gemeinde)

gez.  
**Heiderose Erler**  
Bürgermeisterin

Landratsamt Saale-Orla-Kreis  
Fachdienst Kommunalaufsicht/Rechtsaufsichtsbehörde

## Amtliche Bekanntmachung

### Bekanntmachung des Genehmigungsbescheides des Landratsamtes Saale-Orla-Kreis zur Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Wilhelmsdorf und der Stadt Ranis

Das Landratsamt Saale-Orla-Kreis hat die Zweckvereinbarung über die Bereitstellung von Plätzen in der Kindertageseinrichtung in der Stadt Ranis jeweils mit Bescheid vom 26.03.2014 gem. § 11 Abs. 2 i. V. m. § 44 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) genehmigt.

Die Zweckvereinbarung und die Genehmigung werden hiermit gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 ThürKGG öffentlich bekannt gemacht.

Schleiz, den 27.03.2014

Im Auftrag  
gez.  
**Hellgoth**  
stellv. Leiter Rechtsaufsichtsbehörde

## Vollzug des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) i. V. m. der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO)

hier: Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Wilhelmsdorf und der Stadt Ranis

Das Landratsamt Saale-Orla-Kreis als untere staatliche Verwaltungsbehörde, Rechtsaufsichtsbehörde, erlässt folgenden

### Bescheid:

1. Die am 23.01.2014 geschlossene Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Wilhelmsdorf und der Stadt Ranis über die Bereitstellung von Plätzen in der Kindertageseinrichtung in der Stadt Ranis wird hiermit g e n e h m i g t.

2. Dieser Bescheid ergeht verwaltungskostenfrei.

### Gründe:

#### I.

Die Gemeinde Wilhelmsdorf, vertreten durch die Bürgermeisterin der Gemeinde Wilhelmsdorf und die Stadt Ranis, vertreten durch den Bürgermeister der Stadt Ranis, haben eine Zweckvereinbarung über die Bereitstellung von Plätzen in der Kindertageseinrichtung in der Stadt Ranis geschlossen.

Die Zweckvereinbarung wurde am 23.01.2014 durch die Bürgermeisterin der Gemeinde Wilhelmsdorf und durch den Bürgermeister der Stadt Ranis unterzeichnet.

Bezüglich der Einzelheiten wird auf die Akte verwiesen.

#### II.

Das Landratsamt Saale-Orla-Kreis als untere staatliche Verwaltungsbehörde ist zur Entscheidung gem. § 11 Abs. 2 Satz 1 i. V. m. § 44 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 ThürKGG sowie § 3 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. b) des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes (ThürVwVfG) örtlich und sachlich zuständig.

Gem. § 7 Abs. 1 ThürKGG können Gemeinden durch öffentlich-rechtlichen Vertrag eine Zweckvereinbarung schließen. Damit sind die o. g. beteiligten Gebietskörperschaften zum Abschluss der vorliegenden Zweckvereinbarung ermächtigt. Mit dieser Zweckvereinbarung werden Aufgaben und Befugnisse übertragen, sodass eine Genehmigungspflicht nach § 11 ThürKGG besteht.

Die Genehmigung kann gem. § 11 Abs. 2 Satz 2 ThürKGG nur versagt werden, wenn Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, der Abschluss der Vereinbarung nicht zulässig ist oder die Vereinbarung den gesetzlichen Vorschriften nicht entspricht. Solche Gründe sind bei der vorliegenden Zweckvereinbarung nicht ersichtlich.